

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Landbote. 1849-1934 1923**

89 (1.8.1923)



Erscheint  
Montag, Mittwoch und  
Freitag.

Bezugspreis:  
Durch die Post bezogen und durch  
den Dreifacher u. andere Aussträger  
ohne Beil. 12 Geld  
monatlich 20 000.— Mk.  
Der Bezugspreis ist im Voraus zu  
entrichten.  
In Fällen von höherer Gewalt be-  
steht kein Anspruch auf Lieferung der  
Zeitung oder auf Rückzahlung des  
Bezugspreises.

Geschäftszeit 10—5 Uhr, Sonntags  
geschlossen.

Sprechstundenbüro Nr. 11.

Postfach-Nr.  
Karlsruhe Nr. 6003.

# Der Landbote

Sinsheimer Zeitung



General-Anzeiger für das  
Elsenz- und Schwarzbachtal  
Älteste und verbreitetste Zeitung dieser Gegend. Haupt-Anzeigen-Blatt.

Anzeigen-Preise:  
Anzeigen: Die 42 mm breite  
Millimeter-Seite 1000.— Mk.  
Familien-Anzeigen 500.— Mk.  
Reklamen: Die 87 mm breite  
Millimeter-Seite 2000.— Mk.  
Anzeigen mit Deckbriefe oder  
Auskunft 3000.— Mk. Sonderer-  
günstigung. Alle Preise freibleibend.  
Grundgebühr im Anzeigen- und  
Zertritt ist frei.  
Bei Wiederholungen tarifreduzierter  
Rabatt, der bei Nichtzahlung inner-  
halb 8 Tagen nach Rechnungs-  
datum oder bei gerichtlicher Be-  
treibung und bei Konkurs erlischt.  
Nachprüfungen werden nicht an-  
erkannt und für Aufnahmen an  
bestimmten Tagen sowie für tele-  
fonische Aufträge keine Gewähr  
übernommen.  
Anzeigen-Aufnahme bis 8 Uhr  
vormittags; größere Anzeigen müssen  
am Tage vorher aufgegeben werden.

Nr. 89.

Mittwoch, den 1. August 1923.

84. Jahrgang

## Die Steuervorschläge der Reichsregierung.

### Allgemeine Einführung der Goldmark- Rechnung.

Erhöhte Vorauszahlungen zur Einkommensteuer. — Die Ruhr-  
gabe. — Eine einmalige Kraftfahrzeugsteuer.

Berlin, 30. Juli. Das Reichskabinett hat eine Reihe von  
Gesetzesentwürfen angenommen, die dazu bestimmt sind, dem Reiche,  
dessen Ausgaben durch die fortschreitende Geldentwertung immer  
bedrohlicher anwachsen, in kürzester Frist neue erhebliche Ein-  
nahmen zu beschaffen. An erster Stelle steht das Rhein- und  
Ruhrpflanzgesetz, das in zwei Teile zerfällt. Der erste Teil steht für  
die leistungsfähigen Einkommensverdiener, das heißt für diejenigen  
Einkommensteuerpflichtigen, die den erhöhten Vorauszahlungen  
unterliegen, wie Handel, Industrie, Landwirtschaft und Ge-  
werbe, eine Abgabe vor, die aufgebaut ist auf den erhöhten Vor-  
auszahlungen zur Einkommensteuer für das dritte und vierte  
Kalendervierteljahr 1923 und für das erste Kalendervierteljahr  
1924. Die Abgabe soll in drei Raten bezahlt und mit den  
gesamten Vorauszahlungen verbunden werden. Die erste Rate  
soll also noch im August fällig sein.

Zwecks beschleunigter Einzahlung sollen die Vorauszah-  
lungstermine für das vierte Kalendervierteljahr 1923 und vom  
15. November 1923 auf den 5. Oktober 1923 und für das erste  
Kalendervierteljahr 1924 vom 15. Februar 1924 auf den  
5. Januar vorgelegt werden. Jede der drei Raten  
soll das Doppelte der eigentlichen Vorauszahlungen betragen.  
Die erste Rate, die im August fällig wird, wird also das  
Fünftel der nach dem Einkommen von 1922 berechneten  
Vorauszahlung ausmachen. Die weiteren beiden Raten im Ok-  
tober 1923 und im Januar 1924 werden erheblich höher sein,  
weil infolge der inzwischen fortgeschrittenen Geldentwertung mit  
einer starken Erhöhung der Multiplikatoren für die Voraus-  
zahlungen zu rechnen ist.

Die Erwerbsgesellschaften sollen ein Vielfaches ihrer Kör-  
perschaftsteuer für das vergangene Geschäftsjahr entrichten. Die  
Zahlungstermine sollen die gleichen sein wie bei den physischen  
Personen. Bei Gesellschaften, deren Geschäftsjahr mit dem Ka-  
lenderjahr übereinstimmt, soll die erste Rate, die im August  
zu zahlen ist, die Hälfte der Körperschaftsteuer für das Ge-  
schäftsjahr 1922, multipliziert mit 35, betragen. Darüber hinaus  
sollen die Einkommensteuerträger, die den nichterhöhten Voraus-  
zahlungen unterliegen, aber 1922 ein Einkommen von mehr  
als einer Million Mark bezogen haben, mithin auch als lei-  
stungsfähig angesehen werden können, im August das 25fache,  
im Oktober und Januar das 50fache ihrer Vorauszahlungen auf  
die Einkommensteuer für das jeweils maßgebende Kalender-  
vierteljahr zahlen.

Weiter sollen nach dem Entwurf zum Rhein- und Ruhr-  
pflanzgesetz die Personenkraftwagen, die sich den besonderen  
Aufwand eines Kraftwagens sei es für ihre persönlichen Zwecke,  
sei es für die Förderung ihres gewerblichen Betriebs, ge-  
statten können. Das Opfer beträgt das Fünftel der Kraft-  
fahrzeugsteuer nach dem Stande vom 1. September 1923. Bei  
Kraftfahrzeugen, die der Lastenbeförderung dienen und daher  
im wesentlichen in gewerbliche Zwecke eingeordnet sind, soll  
das Opfer in Höhe vom Fünftel der Steuer gefordert werden.

Das Rhein- und Ruhrpflanzgesetz soll von den Steuerpflichtigen,  
die in den besetzten Gebieten wohnen, oder ihren Ort und  
ihre Leitung dort haben sowie von den Steuerpflichtigen, die  
aus Anlaß der Besetzung ihren Wohnsitz oder den Ort der  
Leitung unfreiwillig verloren haben, nicht erhoben werden.

Zu dieser Belastung des Viehes tritt ein Entwurf über  
die Abänderung einiger Verbrauchsteuergesetze. Die Biersteuer  
soll, wie es bereits durch das Biersteuergesetz von 1918 vor-  
gesehen war, auf etwa 20 vom Hundert der Brauerpreise  
oder 8—12 vom Hundert der Kleinverkaufspreise gebracht wer-  
den, nachdem die vom Reichstag im Juli beschlossene Erhöhung  
der Biersteuer als ausreichend nicht angesehen werden kann.  
Das Mineralwassersteuergesetz soll aufgehoben werden, nachdem  
der Reichstag die Erhöhung der Steuer abgelehnt hat. Die  
berühmten Getränke, die bisher der Mineralwassersteuer unter-  
lagen, werden in die Biersteuer eingegliedert. Der Entwurf  
will ferner bei der Bier-, Zucker-, Salz-, Zimtwaren-, Leucht-  
mittel-, Spielwaren- und Kohlensteuer durch Verkürzung der  
Fälligkeitstermine einen möglichst raschen Eingang dieser Steuern  
bewirken. Weiter soll der Zahlungsausschub bei dem Brannt-  
weinausschlag und bei der Essigsäuresteuer beseitigt werden.  
Endlich handelt es sich um ein Steuergesetz, durch das der  
Reichsfinanzminister die Ermächtigung erhalten soll, für Vor-  
zugszinsen und Zinsen, die bei Steuerfälligkeiten gewährt werden,  
einen wesentlich höheren Zins als bisher festzusetzen. Die Ent-  
würfe sind bereits dem Reichstag zugegangen.

Auf währungsrechtlichem Gebiet wird der „Zeit“ zufolge  
zunächst voraussichtlich innerhalb einiger Tage der Einheitskurs  
für Devisen aufgehoben und der Freiverkehr zugelassen werden.  
Nachdem die Reichsbank den Widerstand gegen die Goldmark-  
rechnung aufgab, beabsichtigt die Reichsregierung, alles zu tun,  
um die allgemeine Einführung der Goldmarkrechnung zu voll-  
ziehen. Sie dürfte in dieser Hinsicht unterstützt werden u. a.  
dadurch, daß die Sparkassen durch die Zeichnung auf die Gold-  
anleihe in der Lage sein werden, den breiten Volksschichten Gold-  
konten in jeder beliebigen Höhe zu eröffnen.

Einberufung des Reichstags auf 8. August.  
Berlin, 30. Juli. Der Reichstag ist auf Mittwoch, 8. August,  
nachmittags 2 Uhr zusammenberufen.

### Ein Opfer für Rhein und Ruhr.

Berlin, 31. Juli. Die Tagesordnung für die Sitzung des  
Reichstages am 8. August nachmittags 5 Uhr lautet: 1. Erste  
Beratung eines Gesetzentwurfes über die Erhebung eines  
Opfers für Rhein und Ruhr. 2. Erste Beratung des Entwurfes  
eines Steuergesetzes. Weitere Gegenstände auf die Tages-  
ordnung zu setzen, behält sich Reichstagspräsident Lobe vor.

### Das Sanierungsprogramm der Spitzenorganisationen.

Berlin, 31. Juli. Die Vertreter der Spitzenorganisationen  
der Arbeiter, Angestellten und Beamten überreichten dem Reichs-  
kanzler gestern ihr Programm. Sie forderten die Erhebung  
einer Goldmarksteuer auf alle landwirtschaftlichen, kommer-  
ziellen und industriellen Betriebe sowie eine werbeständige  
Vermögenssteuer. Diese Steuern sollen zur Fundierung der  
Goldanleihe dienen. Die Gewerkschaftsvertreter verlangten ins-  
besondere die Einführung der Festmatrikelrechnung für die ge-  
samte Wirtschaft. Reichskanzler Cuno versprach eine Prüfung und  
stellte anheim, weitere Vorschläge der Reichskanzlei einzureichen.

### Die innere Lage.

Der Antifaschistenkongress ist, im großen ganzen genom-  
men gnädig vorübergegangen. Mit einer einzigen Ausnahme,  
worüber unten berichtet wird, ist es überall ruhig geblieben,  
sowohl da, wo man die Herren Kommunisten gewahren ließ —  
wie in Württemberg — als da, wo ein Verbot von Kund-  
gebungen unter freiem Himmel ausgesprochen war. Es läßt  
sich also aus dem gestrigen Sonntag eine Schlussfolgerung  
nicht ableiten, welche Art von Regierungstaktik dem nun  
die bessere war. Immerhin wußten die Kommunisten, daß die  
Staatsgewalten überall ihre Vorkehrungen für alle Fälle ge-  
troffen hatten, auch da, wo sie von einem vorbeugenden Ver-  
bot der öffentlichen Kundgebungen abgesehen hatten. Die Füh-  
rer waren gewarnt und sie hüteten sich, die Herausforderung  
auf die Spitze zu treiben, so toll sich die rote Presse geberdet.  
Es wiederholte sich einmal die Lehre, daß „angefaschte“  
Revolutionen selten eintreffen: Aber der gute Verlauf des  
29. Juli darf nicht dazu verführen, daß sich die verantwort-  
lichen Behörden in Sicherheit wiegen. Gutartiger sind die  
Moskauer dadurch nicht geworden, daß sie es für diesmal vor-  
gezogen haben, die Krallen einzuziehen. Bezeichnend in dieser  
Hinsicht ist der Ausspruch eines kommunistischen Redners in  
Dresden, der in seiner Rede u. a. ausführte, daß die zweite  
in der nächsten Zeit doch kommende Revolution nicht hätte  
zu kommen brauchen, wenn man 1918 den Faschisten nicht  
nur die Achse gestülpt, sondern auch die Köpfe abgerissen hätte.  
Wenn man auch erfahrungsgemäß solchen Ausprüchen kom-  
munistischen Blutsils nicht gerade auf die Goldwaage zu legen  
braucht, so bilden sie doch Grund genug, auch in Zukunft  
Augen und Ohren offen zu halten, um sich nicht von Er-  
eignissen überraschen zu lassen.

Für die Regierung Cuno erwächst aus dem im ganzen  
störungsfreien Verlauf des Antifaschistenkongresses eine Stär-  
kung, die ihr gerade jetzt willkommen sein mag, da sie sich  
mit einem neuen umfassenden Tätigkeitsprogramm der Wirt-  
schaftlichen Not der Zeit entgegenwirft. Das unbedingt notwen-  
dige Vertrauen, das zur Durchführung jenes Programms ge-  
hört, stellt sich leichter her, nachdem die Gewitterspannung  
sich gelöst hat und die Luft wieder klarer geworden ist. Es war  
höchste Zeit, daß die Regierung mit Kraft sich rührte. Der  
völlige Zusammenbruch unserer Währung hat einen allgemeinen  
Angstzustand, eine bodenlose Unsicherheit zur Folge gehabt,  
und in nachdem Maße verbreitete sich die Vorstellung,  
daß die Regierung diesem Zusammenbruch hilflos gegenüber-  
stehe, indem sie mindestens nicht alles getan habe, was mög-  
lich war, ihm entgegenzuwirken. Dieser Zustand angstvoller  
Erregung ruft die Quertreiber auf den Plan und verbreitet  
eine den heimlichen und offenen Gegnern günstige Luft. Das  
bekam auch die Regierung Cuno zu spüren. In der „Ger-  
mania“ machte eine immer noch grollende Zentrumsälte einen  
Vorstoß. Eine sojdem. Funktionärerversammlung in Berlin ver-  
langt glatt heraus von der Fraktion, daß sie unverzüglich alle  
parlamentarischen Mittel ergreife, um den sofortigen Sturz  
der Regierung Cuno herbeizuführen. Man braucht diese Dro-  
hungen nicht zu überschätzen, sie haben auch bereits von beiden  
Seiten her aus der Mitte der Partei heraus Gegenwirk-  
ungen erfahren. Aber ein Zeichen der Zeit und der Lage  
sind sie doch und so war es, wie gesagt, höchste Zeit, daß die  
Regierung Cuno endlich etwas tat, um auch nach außen hin  
den Schein verlegener Hilflosigkeit zu widerlegen. Wie weit  
durch die Summe der Maßregeln, die ihr Aufruf an die  
Bevölkerung ankündigt, wirklich praktische Abhilfe geschaffen  
werden kann, ist gewiß eine aber doch zunächst eine Frage  
zweiter Linie. Als Hauptfache drängt sich in den Vorder-  
grund die Forderung, daß in unserem Volk nicht der töd-  
liche Verdacht einreißt, daß es überhaupt nicht mehr regiert  
werde.

Berlin, 30. Juli. Wenn man sich den gewaltigen Apparat  
und den Aufwand großmächtiger Phrasen vor Augen hält, mit  
denen die Kommunisten 14 Tage lang ihre Agitation für den

Antifaschistenkongress betrieben haben, und vergleicht damit die Lage  
am gestrigen Sonntag, wie man sie jetzt umfassend über-  
sehen kann, so bleibt das erfreuliche Ergebnis: es gibt eine  
Staatsautorität in Deutschland! Sobald die Regierung Cuno  
ihren ersten Willen bekundet hat, zur Aufrechterhaltung der  
öffentlichen Ordnung und Sicherheit alle vorhandenen Mach-  
mittel einzusetzen, war es aus mit allen Versuchen, gegen die  
Staatsautorität anzugehen. Es ergibt sich daraus, daß man  
sich im kommunistischen Lager wohl davon überzeugt hat, wie  
stark die innerpolitische Stellung der Regierung Cuno trotz  
der wirtschaftlichen Ernährungsschwierigkeiten in Deutschland ist.  
Einige Berliner Morgenblätter die bekanntlich hauptsächlich  
auf Sensationen eingestellt sind, verbreiten heute Gerüchte über  
einen Sturz der Regierung Cuno. Allen notan der von dem  
Wiener Revolutionsgewinner Bofel finanzierte und von dem  
Wiener Stefan Großmann geleitete „Morgen“. Dem-  
gegenüber ist festzustellen, daß man innerhalb der politischen  
Parteien gar nicht daran denkt, in dem Augenblick schwerst-  
wiegender außenpolitischer Krise einen Kabinettswechsel vor-  
zunehmen. Es sei in dieser Hinsicht nur hingewiesen auf den  
Artikel von Hermann Müller in der Samstagausgabe des  
„Vorwärts“. Es hieß, den verhängnisvollsten Fehler deutscher  
Geschichte wiederholen, wollte man in dem schwersten und ent-  
scheidendsten Augenblick der außenpolitischen Schlacht, die  
Deutschland zu führen gezwungen ist, die Führer wechseln. Daß  
die Erschütterung dieser Schlacht auch in der innerpolitischen  
Lage Deutschlands zum Ausdruck kommt, ist eine Selbstverständ-  
lichkeit. Aber es heißt doch die Verantwortungslosigkeit bis zur  
Freivolität steigern, wenn man der Regierung Cuno jetzt noch  
den Vorwurf macht, daß infolge der schlechten Witterung die  
Kartoffelernte um 2—3 Wochen hinausgezögert worden ist.  
Die Ernährungslage in Deutschland ist, wie aus den Auslassungen  
der maßgebenden verantwortlichen Stellen hervorgeht, durch-  
aus keine befremdend gute. Was den Sturz der Mark  
anbelangt, so muß noch einmal betont werden, daß nicht am  
wenigsten diejenigen Kreise dafür verantwortlich sind, die durch  
die unfinnige Hege zum Bürgerkrieg aufgefordert haben und  
bemüht waren, die Staatsautorität der Reichsregierung als  
erschütterter hinzustellen. Der gestrige Sonntag hat das Gegenteil  
davon erwiesen. Wenn im Augenblick der Höchstpannung in  
maßgebenden politischen Kreisen erwogen wird, das Kabinett  
Cuno durch Aufnahme neuer Persönlichkeiten zu erweitern,  
um noch mehr Rückhalt im Parlament zu haben, so ist das  
gerade das Gegenteil einer Regierungskrise des Kabinetts Cuno.  
Es ist eine Festigung für das Kabinett Cuno, denn darüber kann  
kein Zweifel sein: ein Führerwechsel müßte im Ausland die  
verheerendste Wirkung auslösen und Deutschland um alle Achtung  
bringen, die es sich durch seinen Opfermut während  
der letzten 6 Monate in der Welt errungen hat.

### Um die Regierung Cuno.

Die innere Lage steht, wenn man von den Ernährungs-  
schwierigkeiten und den Folgeerscheinungen der Noteninflation  
abseht, parteipolitisch im Zeichen eines Feldzuges gegen die  
Regierung Cuno. Die außerordentlichen Schwierigkeiten der Lage  
veranlassen viele Politiker und noch mehr Mitlantanten zu der  
Anklage, die Regierung Cuno allein sei Schuld an der Not,  
die für jeden einzelnen jetzt lawinenartig wächst. Man kann  
allerdings der jetzigen Regierung einige Vorwürfe nicht er-  
sparen, besonders nicht den, daß die Finanzierung des Ruhr-  
kampfes mit Hilfe einer allgemeinen Notsteuer nicht recht-  
zeitig in die Wege geleitet worden ist. Es ist aber sehr frag-  
lich, ob die Schärfe, mit der das führende Blatt der Zentrums-  
partei, die „Germania“, in ihrem Freitagabendblatt die Re-  
gierung Cuno angreift, berechtigt ist. Das Zentrumsblatt macht  
die Regierung schlechtlich für alles Elend verantwortlich, das  
durch die Unterlassungssünden und die verfehlten Maßnah-  
men der Reichsregierung herbeigeführt worden sei. Sie habe  
geredet, an die Wirkung starker Worte geglaubt, habe unter  
Einfluß nationalistischer Phrasenmacher gestanden und habe  
nichts getan. Es ist zu bemerken, daß der Artikel voll von  
Angelegenheiten, aber der positiven Anregungen zur Besserung der  
Lage bar ist. Das Zentrum gehört zu den Regierungsparteien  
und hervorragende Mitglieder des Zentrums haben in dem  
von der „Germania“ so heftig angegriffenen Reichskabinett  
Posten inne, die in besonderem Maße für die „Unterlassungs-  
sünden und verfehlten Maßnahmen der Reichsregierung“ von  
denen das Zentrumsblatt spricht, in Betracht kommen müßten.  
Der Zentrumsartikel sieht z. B. wie eine besonders scharfe  
Desavouierung des Zentrumsministers Hermes aus.

In diesem Zusammenhang ist es interessant zu beobachten,  
wie der Angriff die Regierung Wirth der jetzigen Regierung  
vorteilhaft gegenüberstellt. Alte Gegensätze innerhalb der Zen-  
trumpartei werden in der Erinnerung wach.

In einem sehr bemerkenswerten Gegensatz zu diesem An-  
griff des Zentrums steht ein Aufsatz, den im heutigen Abendblatt  
des „Vorwärts“ der Führer der Vereinigten Sozialdemokrati-  
schen Partei Deutschlands, der Abgeordnete Hermann Müller-  
Franken, veröffentlicht. Müller-Franken knüpft an die An-  
griffe der „Germania“ an und beschäftigt sich dann mit ge-  
wissen Strömungen, die auch innerhalb der V.S.P.D. stark  
geworden sind und die den Sturz der Regierung Cuno fordern.  
Müller-Franken stellt fest, daß die Mehrheit der Reichstags-  
fraktion der V.S.P.D. den Sturz der Reichsregierung stets  
abgelehnt habe, obwohl seine Partei zur Regierung Cuno  
in schärferer Opposition stände als die englische Arbeiterpartei  
zur Regierung Baldwin. Weiter beschäftigt sich der Führer  
der deutschen Sozialdemokratie sehr ernsthaft mit der Frage,



was denn werden soll, wenn Cuno gestürzt sei. Er redet denen, die in diesem Augenblick negative Politik treiben, die kritisieren und das „Kreuzige“ rufen, ins Gewissen und sagt, eine langdauernde Regierungskrise müsse heute, wo es um das Rheinland und um die Einheit der deutschen Republik gehe, die deutsche Katastrophe besiegeln. Das mag sich das Zentrum gesagt sein lassen. Es klingt wie ein Treppenvitz der Geschichte, daß eine bürgerliche Partei sich eine derartige Mahnung von einem Sozialdemokraten ins Stammbuch schreiben lassen muß. Auch der „Temps“ liest übrigens in seiner Ausgabe aus dem „Germania“-Artikel die Absicht heraus, die Regierung Cuno zu ändern und spendet dem Zentrumsblatt hierfür ein Lob.

Keine Regierungskrise.

Berlin, 30. Juli. Die Gerüchte von einer Regierungskrise die am Montag morgen von einem Sensationsblatt besonders auffällig betont wurde, bestätigen sich nicht. Das betreffende Montagblatt wußte sogar zu melden, daß Stresemann als Kanzler oder Vizekanzler in Aussicht genommen sei und auch der Name des Reichspräsidenten Löbe wurde in diesem Zusammenhang genannt. Demgegenüber muß betont werden, daß in allen Parteien der Wunsch besteht, eine Krise zu vermeiden. Möglich ist jedoch, daß Reichsfinanzminister Hertweg und Wirtschaftsminister Becker ihre Posten abgeben. Dadurch würde nur ein Wechsel innerhalb des Kabinetts Cuno herbeigeführt werden, das Reichskabinet Cuno selbst jedoch bestehen bleiben. Dieses Bestreben, eine Krise der Reichsregierung zu vermeiden, dürfte der allgemeinen Volksstimmung entsprechen.

Zu den in der französischen und auch in der englischen Presse aufgetauchten Nachrichten über eine Kabinettskrise in Deutschland schreibt die „Voss. Zeitung“, daß die Frage der Umgestaltung oder Neugestaltung der Reichsregierung überhaupt nicht vor dem Zusammentritt des Reichstages akut werden könne. Von einer Kabinettskrise in Deutschland könne daher gar keine Rede sein. Es sei daher auch zum mindesten verfrüht, sich im Augenblick mit der Zusammensetzung kommender Kabinetts zu beschäftigen. Sicher sei nur, daß die allgemeine Meinung dahin gehe, ein tragfähiger Boden für ein etwa notwendig werdendes neues Kabinetts könne nur die große Koalition sein.

England und die deutsche Regierungsfrage.

London, 31. Juli. Sämtliche Londoner Blätter bringen in großer Aufmachung Meldungen ihrer Berliner Berichtserstatter und den gestrigen Reuterbericht über den bevorstehenden Kabinettswechsel und über die Umbildung des Kabinetts durch die große Koalition Stresemann-Löbe. Man erwartet von einem solchen Kabinetts eine zielbewußte feste innere Politik, die den Nationalisten mit Erfolg entgegenzutreten wird und die in der Arbeiterschaft und bei den Arbeitgebern über genügendes Ansehen verfügt, d. h. um die nötigen Maßnahmen zur Bekämpfung des wirtschaftlichen Chaos durchzuführen. Die Westminster Gazette spricht heute zum erstenmal davon, daß es Englands Aufgabe sei, eine andere deutsche Regierung zu ermutigen, einen Versuch zu unternehmen, in Deutschland Ordnung zu schaffen, indem der deutsche Zustand öffentlich als nicht hoffnungslos bezeichnet wird. Unter einer solchen Ermutigung versteht man hier in manchen Kreisen die Bereitwilligkeit Englands einer starken politischen Regierung Deutschlands wirtschaftspolitische Unterstützung angedeihen zu lassen.

Die französisch-belgische Antwort.

London, 30. Juli. Die französische und die belgische Note wurden heute nachmittag um 5 Uhr im Auswärtigen Amte durch die beiderseitigen Botschafter überreicht. Wie den Abendblättern aus Brüssel gemeldet wird, erklärt man dort, daß die englischen Vorschläge weder in Brüssel, Paris noch Rom vollständig befriedigt hätten. Immerhin sei sowohl die französische wie auch die belgische Note in durchaus verständlichem Tone gehalten und lassen nach Brüsseler Ansicht die Tür zu Verhandlungen durchaus offen. Belgien und Italien hoffen immer noch, daß es möglich sein würde, der deutschen Regierung in einer gemeinsamen interalliierten Note zu antworten.

Noten von Frankreich und Belgien.

London, 31. Juli. Das Auswärtige Amt hat beschloffen, über den Inhalt der Mitteilungen, die die Kabinette von Brüssel, Paris und Rom gestern durch ihre Botschafter Lord Curzon übermitteln ließen, vorläufig keine Inhaltsangaben zu machen. Frankreich und Belgien haben die englischen Reparationsentwürfe schriftlich beantwortet. Die französische Note ist doppelt so lang als die eng-

lische Denkschrift an die Alliierten. Die belgische Antwort ist ganz kurz gehalten. Der italienische Botschafter hat nur einen mündlichen Bescheid aus Rom übermittelt, daß die italienische Regierung die Ansicht vertritt, daß es vorläufig keinen Zweck habe, sich bei der wesentlichen Abweidung der Ansichten in London und Paris jetzt bereits zum Inhalt einer gemeinsamen Note an Deutschland zu äußern. Japan, das bisher nicht geantwortet hat, soll eine ähnliche Auffassung vertreten. Die englische Regierung hat die Noten gestern abend vervielfältigen lassen, um sie zur Kenntnis der einzelnen Minister und der maßgebenden Parteiführer zu bringen. Die Minister werden die Noten heute in einer Ministerialkonferenz mit ihren Sachverständigen prüfen und das Kabinetts, das heute und morgen tagt, wird erst morgen zum Inhalt der französisch-belgischen Antwortnotizen Stellung nehmen.

Es wird weiter kombiniert.

Paris, 31. Juli. Die Pariser Zeitungen erfassen die fehlenden authentischen Mitteilungen über den Inhalt der gestern überreichten Antwort Frankreichs und Belgiens durch Mutmaßungen. Wie vorläufig diese aufgenommen werden müssen, geht zur Genüge daraus hervor, daß die angeblichen Informationen in verschiedenen Blättern sich stark widersprechen. Die einen vertreten die amtliche Version, daß die beiden Antworten sich nur in der Form unterscheiden, die anderen behaupten, Frankreich und Belgien seien sich nur noch darüber einig, daß vor Einstellung des Widerstandes nicht mit Deutschland verhandelt werden könne und hätten sich von einander im übrigen vollkommen getrennt. Zwischen diesen beiden Extremen ergeben sich Kombinationen verschiedener Art über den Umfang der französisch-belgischen Meinungsverschiedenheiten. Der Brüsseler Korrespondent des Petit Parisien veröffentlicht Erklärungen einer belgischen amtlichen Persönlichkeit, nach denen es sich bestätigt, daß Frankreich und Belgien sich über die großen Linien der künftigen Gesamtregelung vollkommen einig sind und daß ihre Meinungen für den Augenblick nur darüber auseinandergehen, ob das gemeinsame Programm jetzt bereits in den Antworten auf die englischen Dokumente präzisiert werden soll. Poincare hat diese Frage verneint, was nicht überraschend ist, da er die Verhandlungen bis zum Zusammenbruch des deutschen Widerstandes verschleppen möchte. Belgien dagegen hat die Frage bejaht, weil es ihm an einer möglichst schnellen Regelung der Reparationsfrage liegen müßte.

Deutsche Sängler!

Eure Konzerte und Veranstaltungen finden keinen erhebenderen Ausklang als durch eine Sammlung zum Deutschen Volksoffer

Deutschen Volksoffer

Spendenannahmestelle eure Zeitung!

So erklärt es sich, daß Belgien in knapper, präziser Form einen ganzen Regelungsplan unterbreitet, während Frankreich in seinem Schriftstück positive Vorschläge vermeidet und an England eine ganze Reihe von Fragen stellt. In französischer Regierungskreisen ist man überzeugt, daß die Taktik Poincares triumphieren werde.

Man erwartet zuversichtlich die Fortsetzung des Meinungs-austausches unter den Verbündeten und bezeichnet den vorläufigen Verzicht der italienischen und japanischen Regierung auf Beantwortung der englischen Dokumente als einen Beweis dafür, daß die Verhandlungen unter den Verbündeten fort-dauern sollen. Man erinnert aber zugleich daran, daß Frank-reich von Anfang an mit der Möglichkeit einer englischen Sonderantwort auf die deutsche Note gerechnet habe und daß en derartiger Sonderbericht an der Lage nichts ändern würde.

Pessimismus in der englischen Regierung.

London, 31. Juli. Das englische Kabinetts tagt heute vormittag zu einer Sitzung zusammen, an der alle Minister teilnahmen. Lord Curzon berichtete über die französisch-belgische Antwort auf die englische Note und über seine gestrigen Besprechungen mit den alliierten Botschaftern. Im allgemeinen herrscht in politischen Kreisen hin-

sichtlich der Möglichkeit einer raschen Entspannung der Lage ziemlicher Pessimismus. Aus den gestrigen Erklärungen des deutschen Botschafters, Dr. Sthamer, mit Lord Curzon will man wissen, daß Deutschland seine Haltung gegenüber der Ruhrbesetzung nicht ändern wird, so daß die Möglichkeit einer gemeinsamen alliierten Note auf die deutsche Note vom 17. Juni immer geringer wird.

Deutschland und der Völkerbund.

London, 31. Juli. In seiner gestrigen Unterredung mit Lord Curzon soll der italienische Botschafter im Auftrag Mussolinis angeregt haben, England und Italien sollten gemeinsam Deutschland einladen, in den Völkerbund einzutreten.

Innerpolitische Entwicklungen in Frankreich.

Paris, 30. Juli. Senator Chaumet, der vor einigen Monaten eine viel beachtete Schwenkung nach links vollzogen hat, erklärte in einer Rede in Bordeaux, ein englischer Journalist habe ihn kürzlich darauf hingewiesen, daß die Deutschen ihre Hoffnung auf die französischen Wahlen von 1924 setzen, da sie mit einer Linksmehrheit rechneten, die zu neuen Konzeptionen bereit wäre. Frankreichs Feinde täuschten sich sehr, sagte der Senator. Sie hätten die Prahlereien Daudets ernst genommen, der sich und seinen Freunden das Verdienst der Befreiung des Ruhrgebietes bemesse. Die Befreiung des Ruhrgebietes sei von der Rechten gebilligt worden, aber auch der Senat, der so entschieden republikanisch sei, habe sie ebenfalls einstimmig gutgeheißen. Möchten sich die Deutschen also keine Illusionen machen, die nur graufam getäuscht werden würden. Die nächste Kammer werde, wie er hoffe, eine linke Mehrheit besitzen, aber eine entschieden patriotische Mehrheit.

Ein neuer Balkanbund?

Wien, 30. Juli. Die neue Freie Presse bringt eine Meldung aus Sinaja, offenbar auf Grund griechischer Informationen, der griechische Gesandte in Bukarest habe den Auftrag erhalten, mit dem jugoslawischen Minister des Auswärtigen Dr. Rincic und dem rumänischen Außenminister Duca die Frage der Schaffung eines neuen Balkanbundes zu ventilieren, dem Jugoslawien, Rumänien und Griechenland angehören würden. Der neue Balkanbund würde vollständig unabhängig von der Kleinen Entente sein, da sich seine Tätigkeit lediglich im Rahmen des Vertrages von Neuilly bewegen würde. So wie es die Aufgabe der Kleinen Entente ist, für die Einhaltung und Durchführung des Vertrages von Trianon und die Erhaltung des Friedens in Mitteleuropa Sorge zu tragen, hätte der projektierte Balkanbund die Aufgabe, die Durchführung des Vertrages von Neuilly und die Erhaltung des Friedens auf dem Balkan zu bewachen.

Die Sicherheit nur Vorwand.

Die Franzosen wollen die Welt glauben machen, daß sie sich eine militärische Sicherheit gegenüber künftigen deutschen Angriffen schaffen müßten. Die englische Regierung hat nun dieser Tage der französischen Regierung offiziell angeboten, in jeder von Frankreich gewünschten Form in einen Meinungs-austausch über die Sicherheitsfrage einzutreten. Man sollte meinen, daß man in Paris diesen Vorschlag mit Freude hätte aufnehmen müssen. Aber das Gegenteil ist der Fall. Der „Temps“ stellt an die englische Regierung die Frage, wie sie sich eine englische Garantie für eine territoriale Grenze auf dem Kontinent vorstelle, nachdem ihre Garantie im Jahre 1914 Belgien nicht vor der Invasion zu schützen vermocht habe und nachdem man in England wohl kaum bereit sein dürfte, die allgemeine Dienstpflicht wieder einzuführen. Wenn England wirklich etwas tun wolle, um einen neuen Konflikt zwischen Frankreich und Deutschland zu verhindern, so brauche es bloß dafür zu sorgen, daß Deutschland nicht länger als bisher durch die englische Politik in seinem Widerstand gegen Frankreich ermutigt werde.

Damit ist allerdings der französische Standpunkt in der Sicherheitsfrage klar und unzweideutig umschrieben, denn was Frankreich will, ist nichts anderes, als die Beremigung des gegenwärtigen Zustandes, der Deutschland wehrlos dem militärischen Uebergewicht Frankreichs ausliefert. Erst vor wenigen Monaten hat Marschall Foch öffentlich erklärt, daß es nur eine befriedigende Lösung für das Sicherheitsproblem gebe, nämlich die, daß Frankreich im dauernden Besitz der Rheinübergänge bleibe. Für das offizielle Frankreich ist die Frage der militärischen Sicherheiten einem völlig entwafrneten Deutschland gegenüber nie etwas anderes gewesen, als ein Vorwand für die imperialistischen und annezionistischen Pläne der Militä-

Schicksalswende.

Roman von A. Klinger.

54) Nachdruck verboten. „Fräulein, das Ei ist doch sicher zu hart geworden das können Sie der gnädigen Frau nicht mehr bringen!“ rief die Köchin, „da kochen Sie nur flugs ein anderes, aber jetzt passen Sie auf, die Eier sind rar und kosten viel Geld, und Sie wissen, die Herrschaft sieht es nicht gern, wenn in der Küche etwas vermanstet wird!“ Wieder fuhr Almida aus ihrer Versunkenheit auf. „Mein Himmel, wie konnte ich das vergessen!“ Es war ihr so peinlich, daß sie etwas verabsäumt hatte. Sie wurde von den Wengdorfs so grenzenlos bevorzugt, daß bei dem an und für sich gutmütigen Dienstpersonal der Reich nicht ausbleiben konnte. Almida wollte stehen das zweite Ei kochen, da kam die Pflegerin gelaufen! „Die gnädige Frau ist außer sich! Sie möchten sofort das Frühstück hereinbringen, Fräulein!“ „Fräulein ist schon vorher weg, ehe sie unseren jungen Herrn gesehen hat.“ kicherte das hübsche Hausmädchen, und die Köchin trumpfte: „Man gut, daß es in diesem Hause streng zugeht, sonst könnte man sich wissen — die Männer — wie sie sind, so sind sie — und wenn ihnen eine nachläuft, da können sie sich dagegen an!“ Almida war zu glücklich, als daß sie bei den Anzüglichkeiten etwas anderes als prickelndes Vergnügen empfunden hätte. Aber sie machte sich ernste Vorwürfe über ihre Verfahren-haft. Es war doch notwendig, daß sie sich sammelt. Die Pflegerin stob wieder davon. Sie hatte gelogen. Frau Wengdorf war viel zu apathisch, um sich über die Verzögerung ihres Frühstücks auch nur zu der kleinsten Bemerkung aufzuraffen. Zudem litt sie dauernd an Appetitlosigkeit. Aber die Pflegerin war ärgerlich darüber, daß für ihre kranke Dame nicht besser gesorgt wurde. Nach einer noch-maligen kleinen Verspätung erledigte sich die Sache dann zur allgemeinen Zufriedenheit.

Almida aber stand im Wohnzimmer und gab schon wieder ihren Gedanken Audienz. Sie fühlte jetzt, daß sie doch rechtzeitig hätte gehen müssen. Das konnte nicht gut werden. Hubert würde unvorsichtig sein, und sie selbst, — ach, das berauschende Glück, ihm anzugehören, das pochende Herz, das wie im Fieber schlug, würde sie doch verraten, dagegen war ihr Wille machtlos. Dann kam es darauf an, ob Herrn Wengdorfs Güte sich mit der unerwarteten Wendung der Dinge zufrieden gab oder ob die Wucht seines Zornes sie traf, sie und seinen einzigen Sohn, der ein armes, heimatloses Mädchen liebte. Unwillkürlich krampften sich ihre Hände im Gebet zusammen. „O, nur das nicht, mein Gott, lasse es nicht dahin kommen, daß ich mit Schimpf hinausgewiesen werde! Ich könnte es nicht überleben.“ Für Hubert hatten sich die letzten Tage zu Ewigkeiten gedehnt. Er konnte die Zeit nicht mehr erwarten. Er flüsterte Almidas Namen vor sich hin in tiefer, be-bender Glückseligkeit. „Ich soll dich wiederhaben, dich, in meinen Armen halten! O, könnte ich der Zeit Flügel ver-lehen!“ Was am letzten Vormittag erledigt werden sollte, das befragte er alles schon am Abend vorher. Da kam er schon mit dem Frühzuge reisen und einige Stunden früher, als er gemeldet, daheim eintreffen. Wieder und wieder malte sich Hubert das erste Wiedersehen mit der Geliebten aus. Er dachte nicht daran, sie in ihrer abhängigen Stellung zu lassen. Gleich am ersten Tage wollte er offen mit seinem Vater sprechen. Kam es dann zum Bruch, so mußte Almida auf ein paar Monate zu Frau von Herbst gehen, Danach sollte dann die Hochzeit stattfinden, gleichgültig, ob seine Eltern ihre Zustimmung gaben oder nicht. Er hatte alle Eventualitäten in Betracht gezogen und für alle Fälle sich die Stellung in diesem Geschäftshause gesichert, auch nicht unterlassen, seinem Chef Andeutungen darüber zu machen, daß es möglicherweise zu einem Zerwürfnis zwischen seinem Vater und ihm kommen könne, da er ein Mädchen

lebe und nie von ihm lassen werde, welches seinen Eltern als Schwiegertochter vielleicht nicht willkommen sei. „Ich misse Ihre Arbeitskraft ungern, Herr Wengdorf, und jederzeit nehme ich Sie in meinem Bureau gern wieder auf.“ hatte der Chef geantwortet. „Ich würde sogar nicht zögern, Ihnen gleichfalls Brokura zu erteilen. Aber trotzdem gebe ich Ihnen den wohlgemeinten Rat: Lassen Sie es nicht zum Neuesten mit Ihrem Vater kommen! Er würde Ihnen in der Ueberzeugung gesprochene Worte nie verzeihen. Aus-sonderer Jugendzeit, wo wir ein paar Jahre gemeinsam in einem Weltause arbeiteten — Sie wissen es ja — kenne ich den schroffen Charakter Ihres Vaters zu Genüge. Er ist ein groß-artiger Mensch, aber der geborene Herrscher. Er duldet keinen anderen Willen neben sich.“ „In Herzenssachen lasse ich mir von niemandem hinetrreden, auch von meinem Vater nicht!“ war Hubert aufge-braut. „Lassen Sie gut sein, Herr Wengdorf, wir Alten sehen aber mehr, als ihr jungen Leute...“ Zwei dunkle Augen und ein roter Mund... und ihr feid bereit, durchs Feuer für die Erwählte zu gehen, blind und taub rennt ihr in euer Unglück hinein. — Die Reue kommt dann viel zu spät... Schlagen Sie die Ratschläge und Beschlüsse Ihres Vaters nicht in den Wind, Herr Wengdorf, er besitzt große Menschenkenntnis und wird nur Ihr Bestes wollen? Und nun Gott befohlen, ich wünsche Ihnen alles Gute!“ Ja, Hubert wußte, daß der alte Herr es wahrhaft gut mit ihm meinte. Aber dennoch jürnte er ihm. War es nicht, als wollte er von vornherein Almida herabsehen? Er kannte sie ja nicht, sein geliebtes, sein schönes, süßes Lieb, er kannte sie nicht, sonst würde er so nicht gesprochen haben. Aber eben darum hätte er nach Huberts Meinung so nicht sprechen dürfen. Städte und Landschaften flogen vorüber. Hubert sah kaum etwas davon. Er hatte schon wieder die Uhr in der Hand. Die Zeiger schienen heute stille zu stehen.



parte und der Nationalisten. Wie Poincare das von Lloyd Georges in Cannes gemachte Garantieangebot durch den Sturz Briand's zu Fall gebracht hat, wie er den deutschen Vorschlag eines internationalen Garantievertrages mit Hohn und Spott zurückgewiesen hat, so stoßen auch diesmal die Bemühungen Baldwin's um die Sicherung eines konsolidierten Friedens in Europa in Frankreich auf glatte Ablehnung. Die Gründe, die dafür ins Feld geführt werden, sind die gleichen, wie vor anderthalb Jahren. Ein einseitiger Garantievertrag heißt es, verleihe das Selbstgefühl Frankreichs. Er habe außerdem keinen praktischen Wert, so lange er nicht von einer Militärkonvention begleitet sei, und der Bündnisfall müsse weiterhin auch auf die Möglichkeit von Vermittlungen im Osten Deutschlands, d. h. auf Polen und die Tschechoslowakei, ausgedehnt werden, was bekanntlich in England strikte abgelehnt wird.

Der Ruhrkrieg.

Sprechende Zahlen.

Bis zum 7. Juli d. Js. wurden 12006 Eisenbahner mit 35803 Angehörigen aus ihren Wohnungen vertrieben. Aus dem besetzten Gebiet ausgewiesen wurden: 10850 Eisenbahner mit 28676 Angehörigen. Verhaftet wurden von den Franzosen 1209 Eisenbahner und verurteilt 155 Personen. An Freiheitsstrafen wurden gegen diese erkannt insgesamt 226 Jahre 7 Monate Gefängnis und 20 Jahre Zuchthaus. Ferner wurden 215 118 000 000 Mark und 50 Frs. Geldstrafe ausgesprochen. In 134 Fällen haben mehr oder schwere Mißhandlungen stattgefunden; auch acht Tötungen sind zu verzeichnen.

Der Mißerfolg des Kohlsraubs.

Paris, 29. Juli. Das französische Industriellenblatt „Journée Industrielle“ vermeldet in den von ihr veröffentlichten Ziffern über die Kohlszufuhr nach Frankreich aus dem Ruhrgebiet einen derart sensationellen Rückgang, daß es wohl erklärlich wird, warum der Minister für öffentliche Arbeiten nach seiner letzten Reise ins Ruhrgebiet es vermieden hat, mit den früheren zahlenmäßigen Angaben aufzuwarten. Wird diese prekäre Lage, so schreibt das Blatt, uns so weit bringen, daß wir uns von neuem an die Engländer und Amerikaner wenden müssen?

Der Weizen der Hochweizener blüht.

Paris, 30. Juni. Die französischen Blätter berichten in großer Aufmerksamkeit über eine Versammlung der Anführer Dortens, die gestern in Koblenz stattgefunden hat und bei der Vertreter Dortens aus dem ganzen Rheinland anwesend waren. Die Zahl dieser Vertreter schwankt zwischen 3000 vom offiziellen Bericht und 6000 nach einem Bericht des Matin. Nach einer Rede Dortens und nach Reden mehrerer anderer Anhänger der rheinischen Republik wurde eine Resolution angenommen, die dem französischen Oberkommissar überreicht wurde.

Ein neues Sittlichkeitsverbrechen.

Essen, 31. Juli. Die Franzosen haben gestern eine Reihe von Zechendirektoren zur Einziehung von Geldstrafen verurteilt. Eine Anzahl von Lastkraftwagen fuhr vor den Privatwohnungen der Betroffenen vor und schafften die Möbel fort. In der Gegend von Karnap in der belgischen Besatzungszone hat sich wieder ein Fall von Vergewaltigung zugetragen. Eine Polizeistreife hörte nachts gegen 2 Uhr aus einem Roggenfelde Weinen und Schreien. Acht belgische Soldaten waren über ein Mädchen hergefallen. Beim Nähen der Polizisten ergriffen sieben von ihnen die Flucht, von dem achten mußte das Mädchen gewaltsam befreit werden. Da die Polizisten beschossen wurden, konnten sie nur Protokoll aufnehmen und den Besatzungsbehörden Mitteilung machen. In Gladbeck wurde ein Mann von belgischen Soldaten in seiner Wohnung erschossen, nachdem er vorher mit den Belgiern auf der Straße einen Wortwechsel gehabt hatte.

Die Verhaftung zweier Spione in Mannheim.

Berlin, 30. Juli. Zwei französische Kaufleute, Ehepaar von Gebert, waren vor einem Jahr in Mannheim verhaftet worden, wegen verdächtigter Spionage zugunsten Frankreichs. Die beiden Kaufleute namens Aubert und Abt wurden in den Gefängnissen von Mosbach und Taubertshausen gefangen gehalten. Durch das Interesse, das einige französische Kammerdeputierte an dieser Angelegenheit genommen haben, hat die französische Regierung die Angelegenheit als politisch behandelt. Poincare hatte deshalb den General Degoutte angewiesen, Sanktionen wegen der angeblich ungerechtfertigten Verhaftung der beiden Kaufleute zu verhängen. Solche Sanktionen sind seit einigen Wochen fortlaufend im besetzten Gebiet verhängt worden, darunter die Verhaftung mehrerer höherer Beamten Proteste des deutschen Auswärtigen Amtes, die geltend machten, daß Aubert und Abt bei der Untersuchung in Leipzig Geständnisse abgelegt hatten, hatten zunächst keinen Erfolg. Nunmehr ist aber wie Ihr Korrespondent erfährt, die Angelegenheit klar gestellt. Eine Untersuchung hat ergeben, daß tatsächliche Geständnisse der beiden Verhafteten vorliegen und daraufhin wurden die von der französischen Besatzungsbehörde verhängten Sanktionen wieder aufgehoben. Der Prozeß gegen die beiden Spione in Leipzig wird demnächst stattfinden.

Das verwahrloste Deutsch-Ostafrika.

Die in Rom erscheinende Zeitung „Idée Nationale“ macht außerordentlich interessante Mitteilungen über die angeblich bevorstehende Aufteilung der England als Mandat zugesprochenen Kolonie Deutsch-Ostafrika zwischen den englischen Kolonien Kenia und Nyassaland. Grund für die beabsichtigte Aufteilung soll die durch die Schuld des Völkerbundes hervorgerufene Verwahrlosung Deutsch-Ostafrikas sein, ferner die dem englischen Prestige schädlichen Proteste der Eingeborenen beim Völkerbund gegen die allzu hohen Steuern der Mandatsverwaltung. Man erklärte heute ganz offen, die Mandate hätten nur den Zweck, die öffentliche Meinung der Welt und der beteiligten Völkerstaaten zu beschwichtigen. Das römische Blatt schreibt, die Aufteilung Deutsch-Ostafrikas unter den genannten englischen Kolonien bedeute nichts anderes, als eine englische Annexion. Italien müsse darauf bestehen, daß entweder der durch das Versailler Friedensdiktat geschaffene Zustand wieder hergestellt werde bzw. bestehen bleibe oder aber, daß es, falls England seinen Kolonialbesitz durch Einverleibung früherer deutscher Kolonialgebiete vergrößern feinerseits eine angemessene Zugewinnung erhalte.

Die Darstellung der „Idée Nationale“ kann nicht mehr überraschen. Seit dem Raub unserer Kolonien und der Errichtung der sogenannten Mandatsregierungen sind aus Eingeborenkreisen immer wieder Beschwerden gegen die neuen Herrscher laut geworden. Selbst in den Parlamenten der Feindbünd-

mächte hat man sich wiederholt gezwungen gesehen, der deutschen Kolonialverwaltung nachträglich Anerkennung zu zollen und zuzugeben, daß die eigene Verwaltung im Verkehr mit den Eingeborenen auf große Schwierigkeiten stoße. Deutschland sprach man in Versailles die Fähigkeit zur Kolonisation ab, heute muß man zugeben, daß ehemals mustergültige deutsche Kolonien unter der neuen Herrschaft verwahrlosten. Offen erklärt man, daß die Form der Mandatsverwaltung nur gewählt wurde, um die Welt über die Tatsache des Kolonialraubes zu täuschen und um die gewaltigen Werte, die die deutschen Kolonien darstellen, nicht gegen die Reparationsforderung aufrechnen zu müssen. Deutschland wird sich alles, was über die Verwaltung seiner alten Kolonien bekannt wird, für die früher oder später doch erfolgende Revision des Versailler Schandvertrages merken müssen.

Reichs-Golbanleihe.

Nachdem seit Monaten Länder Gemeinden und andere Stellen wertbeständige Anleihen ausgeben (Roggen-, Kalls-, Kohlen- und andere Anleihen) hat jetzt auch das Reich beschloffen, ein wertbeständiges Anleihepapier zu schaffen. Nach dem Mißerfolg der Dollarschuldanleihe im März ds. Js. erscheint es aussichtslos, von den etwa noch in unbefugten Händen befindlichen Devisen und Auslandnoten einen beträchtlichen Teil in die Reichskasse zu leiten. Wohl aber kann das Reich unter Zuhilfenahme der Dollarpapiermark mit dem Ertrage einer solchen Anleihe, den aufs äußerste gestiegenen Finanzbedarf zu decken; gegenwärtig decken die laufenden Einnahmen des Reiches nur wenige Prozent des Bedarfs. Der Reichsbankausweis vom 24. Juli bildet einen stattlichen Rekord. Der Banknotenumlauf erhöhte sich in der Berichtswache um 5/4 Billionen Mark. Der gesamte Papiergeldumlauf hat damit den Stand von rund 25 1/2 Billionen erreicht. Der Dollarkurs überschritt am 24. Juli die 400 000-Mark-Grenze, beträgt also zur Zeit mehr als das Hunderttausendfache der Vorkriegsparität. Zur Illustration dieser Tatsache sei bemerkt, daß die benötigten französischen Assignaten der großen Revolution f. Zt. eine Entwertung auf nur den vierhundertsten Teil ihres Ausgabebetrages erfahren haben, und daß die Gesamtsumme des damals in Frankreich umlaufenden Papiergeldes nur etwa 75 Milliarden Franken betrug.

Ueber die Bedingungen der wertbeständigen Reichsanleihe ist eine Einigung zwischen den in Betracht kommenden Stellen erzielt worden. Man spricht von einer Verzinsung in Höhe von 5 Prozent und von einer Laufzeit von 12 Jahren. Im ganzen soll der Gegenwert von 200 Millionen Dollar ausgegeben werden, und zwar in verhältnismäßigen Teilsummen. Eine Garantieleistung der Reichsbank, wie sie für die Dollarschuldanleihe f. Zt. festgesetzt war, soll nicht vorgesehen werden. Es hat sich als ein schwerer Fehler herausgestellt, daß wir den Abwehrkampf im Westen (genau wie den Weltkrieg) — nicht rechtzeitig solide finanziert haben. Die jetzigen Veruche, das Reich in den Besitz großer Vermögen zu setzen, können in ihren Chancen nicht abgeschätzt werden. Vielleicht ist das Mißtrauen im Publikum gegen jede vom Reich herausgegebene Anleihe so groß, daß auch der neue Typ abgelehnt wird. Andererseits muß beachtet werden, daß die in Zukunft befristete Finanzkatastrophe des Reiches auch alle anderen deutschen Werte in den Strudel hineinziehen würde. Dies gilt insbesondere für die Wirtschaftswerte, die ja letzten Endes (auf dem Umwege über die Besteuerung) die Garantien für die Schulden des Reiches darstellen und zweifellos von unseren Reparationsgläubigern unmittelbar haftbar gemacht würden, wenn das Reich endgültig zahlungsfähig werden sollte. Wenn das Publikum, soweit es im Besitz großer Papiermarkbeträge ist und damit als Zeichner der neuen wertbeständigen Anleihe in Betracht kommt, sich klar darüber wird, daß die reichliche Zeichnung dieser neuen Anleihe die Ausichten auf Rettung unserer Wirtschaft steigert, so wird es sich doch entschließen müssen, diesem neuen Reichspapier sein Interesse zuzuwenden. Der Zeichner der neuen Anleihe erwirbt damit für seine Sparbeträge die solange schmerzlich entbehrte Wertversicherung.

Eine Verdreifachung der Postgebühren ab 1. September.

Berlin, 28. Juli. Im Reichspostministerium ist die Vorlage über die neue Postgebührenordnung, die vom 1. September ab in Kraft treten soll, fertiggestellt worden. Sie wurde schon bei der Beschlußfassung über die Augussätze der Post angekündigt. Wie man hört, soll durchweg ein Zuschlag auf die Augustgebühren von 200 Prozent treten; die Post- und Telegraphengebühren sind also verdreifacht, ebenso die Ortsgebühren im Fernsprechverkehr. Dagegen bleibt die Jahresgrundgebühr für Fernsprechanhänge auch im September noch unverändert. Ihre generelle Neuregelung ist, wie schon mitgeteilt, erst vom 1. Oktober ab zu erwarten.

200 Milliarden Mark Ausfall in zwei Stunden.

Berlin, 31. Juli. Infolge des heutigen zweistündigen Demonstrationstreikes der graphischen Industrie konnte eine Reihe von Abendblättern überhaupt nicht erscheinen. Die Arbeits einstellen hat auch die Reichsdruckerei und andere Druckereien betroffen, in denen Papiergeld hergestellt wird. Der Ausfall während der 2 Streikstunden macht 200 Milliarden Mark aus, da die Tagesleistung bei 3 Schichten ohne Unterbrechung, die heute gearbeitet wurden, 2 Billionen Mark beträgt.

Aus Nah und Fern.

\* Sinsheim, 31. Juli. (Erhöhte Renten) Die Empfänger einer I. A und W-Rente erhalten ab 1. August neben den bisherigen laufenden Rentenbezügen eine weitere Leistungszulage von 10 000 Mark, die Empfänger eine solche von 5000 Mark, für jedes Kind. Die Gesamtbeträge sind auf volle hundert Mark aufzurunden. Es empfiehlt sich, die Beträge erst am Posthalter in die Quittungen einzuliefern.

\* Sinsheim, 31. Juli. (Erhöhung der Personentaxen) Vom 1. August 1923 an werden auf der deutschen Reichsbahn die Personentaxen in der 1. und 2. Klasse auf das Sechsfache und in der 3. und 4. Klasse auf das Zehnfache der Junifahrpreise erhöht. Mindestens wird der Preis für 8 Kilometer berechnet. Die Schnellzugzuschläge und die Preise der Zeitkarten werden in der gleichen Weise erhöht. Die Gepäckstrafe wird verdreifacht. Die Extraguthaftung für Gepäck und Expressgut beträgt 9000 Mark. Für eine Bahnsteigkarte werden 3000 Mark erhoben.

\* Sinsheim, 31. Juli. (Mangel an Zahlungsmitteln) Durch die starke Markentwertung der letzten Zeit ist ein gewaltiger Bedarf an Zahlungsmitteln entstanden. Die Industrie stößt daher bereits in der Geldbeschaffung auf Schwierigkeiten. Um nicht rechtzeitige und unvollständige Lohnaus-

zahlungen zu vermeiden ist die Handelskammer Karlsruhe an die maßgebenden Reichs- und Landesstellen herangetreten mit dem Ersuchen, dafür Sorge zu tragen, daß die Geldinstitute Badens mit ausreichenden Zahlungsmitteln versehen werden.

\* Neckarbischofsheim, 30. Juli. (Diebstahl) Ein bei einem hiesigen Landwirt bediensteter Zwangszugling stahl diesem 500 000 Mark und verjubelte es in fröhlicher Gesellschaft. Als die Gendarmerie ihn faßte, war das Geld bereits durchgebracht.

\* Schwellingen, 31. Juli. (Ernte ohne Saat) Ueber ein seltenes Naturspiel wird aus Diedesfeld berichtet: Ein hiesiger Gutspächter besitzt einen 4 Morgen großen, mit Hafer bestellten Acker. Der Hafer zeigt große Ueppigkeit, die Halme sind durchgehend 1,70—1,75 cm. hoch und nahezu erntereif. Das Seltsamste ist aber die beglaubigte Angabe des Eigentümers, daß der Hafer eine zweite Abfaat von vorjähriger 1922er Haferernte darstellt. Also nur ausgefallene Haferkörner, die ohne den Willen des Besitzers infolge feuchten Wetters in den Stoppeln aufgingen, sich dicht bestockten und gut durch den milden Winter kamen. Der Besitzer hat gerechtfertigte Aussicht, eine volle Ernte ohne Ausaat gemacht zu haben.

\* Schwellingen, 30. Juli. (Nächtliche Schießerei) Nachdem am Samstag abend verschiedenen Kadavertugten in einer Wirtshauskneipe das Lokal verboten wurde, setzten sich auf der Straße die Kadavertugten fort, sodaß die Polizei eingreifen mußte und die Streitenden auf den Nachhauseweg verwies. Dies wurde jedoch seitens der Streitenden mit zahlreichen Beschimpfungen und Bedrohungen gegen die Polizei erwidert, worauf ein Polizist, als er in Gefahr war, totgeschlagen zu werden, durch einen Schreckschuß einen Mann und eine Frau leicht verletzete.

\* Güttenbach, 30. Juli. (Französischer Deserteur) Auf der hiesigen Polizeiberge erschien dieser Tage ein etwa 20-jähriger Mann, der kaum einige Worte deutsch sprechen konnte. Wie es sich herausstellte, handelte es sich um einen französischen Deserteur, der vor einigen Tagen in Begleitung eines deutschen Zivilisten, über die Besatzungsgrenze bei Ofenburg gekommen war, wo er in Garnison stand.

\* St. Georgen, (Schwarzwald), 29. Juli. (Folgenschwerer Streit) Wegen eines angeblichen Diebstahls gerieten hier zwei im gleichen Hause wohnende Männer in Streit, in dessen Verlauf der eine durch einen Stich in die Schläfe sehr schwer verletzt wurde. Der Verletzte, der ins Krankenhaus gebracht werden mußte, ist Vater mehrerer Kinder.

\* Behla bei Donaueschingen, 29. Juli. (Großfeuer) Gestern nachmittag um 4 Uhr brach aus bis jetzt noch unbekannter Weise im Holzschuppen des Landwirts Rindler Feuer aus, das von dem Südwestturm rasch auf die an der Straße nach Neudingen gelegenen Häuser des Ortes übergriff. Bald standen 6 weitere Anwesen und 2 Dekonomiegebäude in Flammen und brannten bis auf den Grund nieder. Zur Bekämpfung des ausgedehnten Brandes waren die Wehren und Vöschmannschaften der umliegenden Ortschaften eingetroffen. Leider trafen sie infolge mangelhafter Telephonverbindungen am Brandplatz sehr spät ein. Sie mußten sich hauptsächlich darauf beschränken, die Weiterverbreitung des Feuers zu verhindern. Vieh und Fahrnisse der Brandgeschädigten konnten gerettet werden durch die Vernichtung der frisch eingebrachten Ernte erlitten die Abgebrannten große Verluste. Gegen 8 Uhr konnte das Großfeuer als lokalisiert betrachtet werden. — Wie die Bad. Presse meldet, wird Kurzschluß als Brandursache vermutet. — Behla zählt 300 Einwohner und liegt an der großen Verkehrsader Donaueschingen—Hüfingen—Schaffhausen.

\* Freiburg, 31. Juli. (Fremdenverkehr im Schwarzwald) Die gute Witterung der letzten Wochen hat den Fremdenverkehr auf dem Schwarzwald außerordentlich gehoben. Aus Triberg, Hornberg, Schönwald sowie aus St. Blasien laufen Meldungen ein, daß die Unterkunftsstätten fast sämtlich besetzt sind. Auch die kommende Ferienzeit in Süddeutschland wird weiter einen günstigen Einfluß auf den Fremdenverkehr haben.

\* Freiburg, 31. Juli. (Raubmord) Im Haus Dreikönigsstraße 17 wurde heute die dort allein wohnende Frau Kammerpräsident Dänzer ermordet und beraubt aufgefunden. Ein Mädchen, das die Ermordete vor wenigen Tagen angenommen hatte, ist seit der Tat, verschwunden. Die Ermordete wurde mit einem harten Gegenstand erschlagen. Die Untersuchung ist im Gange.

\* Müllheim, 31. Juli. (Landw. Genossenschaft) Am Sonntag fand hier eine Versammlung der der Badischen Landwirtschaftlichen Hauptgenossenschaft Karlsruhe angeschlossenen Genossenschaften des Bezirkes Müllheim, des Landwirtschaftlichen Vereins und des Landbundes statt. Nach eingehender Aussprache kam die Einigung und der Zusammenschluß der drei Verbände zustande.

Großes Eisenbahnunglück.

44 Tote, zahlreiche Verletzte.

Cassel, 31. Juli. Heute früh 4 Uhr ereignete sich in Kreienfen am Harz dadurch ein furchtbares Unglück, daß der Schnellzug D 88 Hamburg—München auf den im Bahnhof haltenden Vorzug nach München aufbrach, und zwar wahrscheinlich infolge Ueberfahrens des Haltesignals. Bis um 8 Uhr morgens waren 27 Tote aus den Trümmern geborgen. Bisher sind außerdem 26 Personen als verletzt festgestellt worden, der Lokomotivführer und der Feizer des ausgefahrenen Zuges kamen mit einem Nervenschlag davon. Beide Hauptgleise sind gesperrt, der Materialschaden ist bedeutend.

Kassel, 31. Juli. Wie die Pressestelle der Reichsbahndirektion Kassel zu dem Eisenbahnunglück bei Kreienfen mitteilt, wurden bis 4 Uhr nachmittags 44 Tote geborgen. In den Göttinger Kliniken befanden sich 34 Verletzte, von denen noch drei in Lebensgefahr schweben. Soweit bis jetzt festgestellt ist, befindet sich unter den Toten auch eine badische Reisende, eine gewisse Elise Hörr aus Mannheim, während die anderen bisher rekonvaleszenten Toten größtenteils aus bayerischen Städten sowie aus Hamburg, Hannover usw. stammen.

Turnen, Sport und Spiel.

Sinsheim, 1. Aug. Am nächsten Sonntag veranstaltet der Sportverein Sinsheim auf der Stadtwiese ein internes Leichtathletikfest. Etwa 120 aktive Leichtathleten des Sportvereins werden ihre Kräfte messen. Morgens 6 Uhr beginnt der Fünfkampf, nachmittags 2 Uhr der Lauf durch Sinsheim, anschließend Einzelwettkämpfe und Staffelläufe. (Näheres siehe Inserat.)

Was eine Kaffeebohne kostet. Eine Kaffeebohne kostet nach angefertigten Berechnungen heute 31,50 Mark. Dafür bekam man früher 25 Pfund, etwa so viel, wie eine zweiköpfige Familie in einem Jahr verbraucht.

Von einem „Ohnmächtigen“ bestohlen. Die Fälle, in denen „hilfsbereite Retter“ Personen, die plötzlich ohnmächtig geworden sind, ausplündern, mehren sich in der letzten Zeit. Daß aber ein „Ohnmächtiger“ seinen Helfer, während er ihn zur Befrennung zurückbringen will, bestiehlt, ist wohl selbst in der an komischen Fällen reichen Großstadtkriminalgeschichte



eine Neuheit. Der 38jährige Kaufmann Karl Sch. aus der Heimholzstraße in Charlottenburg bemerkte am Sonntag früh bei der Heimkehr in der Nähe des Bahnhofes Charlottenburg wie ein junger Mann vor ihm plötzlich auf den Boden stürzte und ohnmächtig zu werden schien. Er eilte ihm zu Hilfe und versuchte, den Patienten wieder zum Bewußtsein zurückzubringen. Als der Fremde wieder aufstehen konnte, bedankte er sich vielmals bei seinem lebenswürdigen Retter und ging langsam die Straße hinunter. Erst eine Viertelstunde später bemerkte der Kaufmann, daß ihm seine Uhr und seine Brieftasche mit Wert- und Geldsachen von dem angeblich Ohnmächtigen geraubt worden waren.

Das gefährliche Berlin. Eine junge Provinzlerin kam dieser Tage mit ihrer gesamten Habe und ihrem mühsam ersparten Vermögen nach Berlin, stellte ihr Eigentum am Bahnhof unter und wollte sich zunächst einmal eine Stellung als Sekretärin oder Hausangestellte suchen. Unterwegs fragte sie eine ältere Frau nach einem Vermietungsbüro. „Sehen Sie sich nur vor diesem gefährlichen Berlin vor,“ warnte die Frau, „hier sind alle Menschen Taschendiebe oder noch schlimmere Verbrecher!“ Die Provinzlerin bekam es jetzt mit der Angst zu tun. Sie bat die Frau um ihren Beistand. Selbstverständlich wurde er ihr gewährt. Sie sollte zunächst erst einmal nach der Jägerstraße 120 gehen und sich in einem Büro eine Stelle beschaffen. Damit ihr nichts zustöße, sei es zweckmäßig, wenn sie ihr das Gepäck anvertrauen würde. Sie gab der freundlichen Wärterin nicht nur ihre Habe, sondern auch ihr Geld in Verwahrung, eilte nach der Jägerstraße. Dort gab es gar keine Hausnummer 120. Auch als sie die Frau wieder aufsuchen wollte, fand sie statt eines Wohnhauses ein Theatergebäude vor.

Flammenobd zweier englischer Flieger. Eine Flugzeugkatastrophe hat sich in einem Londoner Vorort abgespielt. Der Fliegeroffizier Louis Trapagna Leroy war in Begleitung seines Kameraden, des Leutnants Logdail, von dem Flugplatz Kenley zu einem Probeflug aufgestiegen. Der Apparat befand sich kaum 5 Minuten in der Luft, als er plötzlich mit der Geschwindigkeit eines Geschosses zur Erde niederstürzte. Unter furchtbarem Getöse bohrte er sich in das Dach einer großen Villa. Der Benzinbehälter des Flugzeuges, der noch über 500 Liter Brennstoff enthielt, platzte auseinander, das Benzin strömte in die unteren Räume der Villa und entzündete sich unglücklichweise im gleichen Moment, so daß es einem Flammenmeer gleich nach unten ergoß. In wenigen Augenblicken glück das Landhaus einem brennenden Scheiterhaufen, aus dem die Trümmer des Flugzeuges gespenstisch hervorragten. Die Feuerwehr, die nach 10 Minuten an der Unglücksstelle eintraf, konnte nichts ausrichten. Die Ueberreste der völlig eingestürzten Villa sind vier geschwärzte Mauern. Der Eigentümer konnte sich und seine Familie noch rechtzeitig in Sicherheit bringen. Von den beiden Fliegeroffizieren war keine Spur mehr vorhanden.

Wirtschaftliche Rundschau des „Landboten“.

Nach dem Stande vom 29. Juli 1923. (Nachdruck verboten.)

Allgemeine Lage. Mit Riesenschritten eilen wir dem Zusammenbruch entgegen. Jede Woche bringt ein noch rascheres Tempo. Ob das bevorstehende Chaos durch die Grenzen am Rhein zentralisiert werden kann, wird auch von ernsten Wirtschaftspolitikern des Auslandes bezweifelt.

Staatwirtschaft. Deutschlands Finanzen haben einen Zustand erreicht, bei dem keine deutsche Regierung in der Lage sein dürfte, die Maßnahmen durchzuführen, die notwendig sind, um Ueberbungen zu schaffen. Während die Ruhr von einer fremden Macht besetzt ist, ist dies auch tatsächlich unmöglich.

Geldmarkt. Ueber die ernste Lage herrscht nirgends mehr der geringste Zweifel. Die Ansprüche werden immer größer, die Zuflüsse immer kleiner. Das Ruhrabenteuer verschlingt riesenhafte Summen. — Die Bestrebungen, unserer Valuta durch Zwangsnotierungen eine Stütze zu geben, haben ihren Zweck endgültig verfehlt. Die Entwertung der Mark wird durch eine Ueberflut über die Goldkaufpreise der Reichsbank illustriert. Die Reichsbank bezahlte für ein 20-Markstück am 1. Juli 1921: 300 Mark, 3. Oktober 1921: 480 Mark, 1. Januar 1922: 720 Mark, 1. April 1922: 1200 Mark, 3. Juli 1922: 1700 Mark, 1. Oktober 1922: 5000 Mark, 1. Januar 1923: 20 000 Mark, 1. April und 1. Mai 1923: 85 000 Mark, und 140 000 Mark.

Amthche Bekanntmachungen.

Nr. 50 Maul- und Klauenseuche in Reichen. Nachdem bei Wilhelm Guggolz in Reichen die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen ist, werden folgende Anordnungen getroffen: A. Sperrbezirk: Die Gehöfte von Wilhelm Guggolz und Wilhelm Dör in Reichen. B. Beobachtungsgebiet: Die Gemeinde Reichen. C. 15 km Umkreis: Die Gemeinden Steinsfurt, Weiler, Grombach, Kirchardt, Vockschaf, Itlingen. Sinsheim, den 31. Juli 1923. Bad. Bezirksamt.

Sport-Verein Sinsheim. Sonntag, den 5. August Leichtathletischer Vereins-Wettkampf auf der Stadtwiese. 6 Uhr morgens: Beginn des 5 Kampfes. 2 „ nachmittags: Lauf durch die Stadt, anschließend Einzelwettkämpfe und Staffelläufe. 1/29 „ abends: Gartenfest mit Preisverteilung im Schwanengarten.

Nachversteuerung von Bier. Aufgrund des § 28 des Biersteuergesetz vom 9. Juli 1923. und der Biersteuerordnung vom 18. Juli 1923. (Reichsgesetzbl. I S. 557 und 696) haben die Bierhändler und Wirte, die am 1. August 1923 in ihrem Besitze befindlichen nachsteuerpflichtigen Biervorräte bis zum 5. August 1923 dem zuständigen Zollamt schriftlich (in zweifacher Fertigung) anzumelden. In den Anmeldungen ist die Zahl und der Raumgehalt der mit Bier gefüllten Gefäße, sowie die Biergattung (Einschbier, Schankbier, Vollbier und Starkbier) anzugeben. Betragen die vorräthigen Biermengen im ganzen nicht mehr als 2 hl, so liegt keine Anmeldepflicht vor. Wer die ihm obliegende Anmeldung der Biervorräte unterläßt oder die Anmeldung unvollständig oder unrichtig abgibt, hat Bestrafung zu gewärtigen. Nähere Auskunft erteilen die Zollämter und das Hauptzollamt Heidelberg. Heidelberg, den 31. Juli 1923. Hauptzollamt.

1. Juni 1923: 200 000 Mark, 15. Juni: 300 000 Mark, 2. Juli 550 000 Mark, 23. Juli: 900 000 Mark. — Börse. Die alle Befürchtungen übersteigende neuerliche Verschlechterung der Mark läßt die Haufe nicht zum Stillstand kommen. Die Umfahrtätigkeit bewegt sich trotzdem in mäßigen Grenzen, weil die Geldmittel nur mehr schwer beigebracht werden können.

Handel, Gewerbe und Industrie. Der Geschäftsgang hat sich wieder etwas mehr belebt, so daß auch verschiedentlich Betriebsstillegungen und Einschränkungen aufgehoben werden konnten. Man darf aber nicht von einer Befundung sprechen, sondern man hat es neuerdings wieder mit einer sehr gefährlichen Scheinblüte zu tun. — Rohlen. Im Anschluß an die Erhöhung der Bergarbeiterlöhne wurden die Rohlenpreise um durchschnittlich 53 Prozent erhöht.

Holzmarkt. Die Preise für Roh- und Schnittholz steigen weiter. Die wenigen Rohholzverkäufe brachten Phantastpreise, die im Verhältnis höher lagen, als für fertiges Schnittholz erzielt wurde. Die Unsicherheiten in den Einkaufsdispositionen wachsen. Es fehlt an Kapital. Eine größere Anzahl von Sägewerken haben Betriebs Einschränkungen wegen Rundholzmangel vorgenommen.

Warenmarkt. Der Warenhandel leidet ungemein unter den schwierigen Geldverhältnissen. — Am Verbrauchszuckermarkt sind die Anforderungen sehr rege. — Die Drupapierfabrikanten haben gegenüber den vom Reichswirtschaftsministerium festgesetzten Höchstpreis von 760 000 Mark für 100 Kilo eine tatsächliche Lieferstörze gegen die Presse begonnen. — Am Rohhäutmarkt haben die Preise Ziffern erreicht, die weit über Weltmarktparität stehen. Die Preise für Großviehhäute bewegen sich nur noch in Millionen. — Am Ledermarkt mußten die Preise folgen. — Die Kalipreise wurden um 34 Prozent erhöht. Am 3. August erfolgt eine neue Festsetzung.

Landwirtschaft. Der heute eingetroffene Bericht über die Ernteausichten kann als günstig angesehen werden. Zum mindesten kann heuer mit einer guten Mittelernte gerechnet werden. Auch die Nachrichten über die europäischen Ernten lauten im allgemeinen günstig. Aus allen Ländern, aus denen bereits Erhebungen vorliegen, und die mit Ausnahme von Rußland, 40 Prozent der europäischen Ernte ausmachen, übersteigt der voraussichtliche Ertrag die letztjährige Ernte um insgesamt 21 Millionen Zentner, d. h. um 17 v. H.

Produktenmarkt. Die unausgesetzte weitere Entwertung unserer Mark treibt die Preise aller Produkte der Landwirtschaft, besonders die Getreidepreise, stark in die Höhe. Der Markt zeigt daher feste, aber im allgemeinen ruhige Haltung, weil die Geldknappheit die Unternehmungslust lähmt. Wo Kaufkraft vorhanden ist, fehlt es wieder an Angebot, da die Erzeuger große Zurückhaltung beobachten.

Biehmarkt. Auf allen stattgefundenen Märkten setzte sich die Preissteigerung in allen Gattungen weiter fort. Wie gewaltig die Preise seit Ende Juni bis Mitte Juli angezogen haben ist aus der nachstehenden Aufstellung (Durchschnitt aus 12 größeren deutschen Biehmärkten) ersichtlich, und zwar notierten für ein Pfund Lebendgewicht in Mark: Rinder: Ende Juni: 4500—13 000, Mitte Juli: 9000—24 000, Kälber: Ende Juni: 8000—12 000, Mitte Juli 15 000—35 000, Schafe: Ende Juni: 5000—12 000, Mitte Juli: 10 000—20 000, Schweine: Ende Juni: 10 000—14 000, Mitte Juli: 20 000—33 000.

Lebenshaltung. Die am 23. Juli festgestellte Erhöhung der Lebenshaltungskosten um 36,1 Prozent gegenüber der Vorwoche ist selbstverständlich inzwischen schon weitaus überholt so daß trotz der ziffermäßigen Hinaufsetzung der Löhne und Gehälter die Verbraucherböllerung in eine von Tag zu Tag schlimmere Lage geraten mußte.

Verkehr. Die Zahl der Handelstonnage der Welt wird neuerdings mit 65 166 238 gegen 46 970 113 im Jahre 1913 angegeben. Im Bau befinden sich mehr als 2 1/2 Millionen Tonnen.

Ausland. In der Schweiz, in Oesterreich, England und Schweden wird ein weiterer Rückgang der Arbeitslosigkeit festgestellt. — Die in Italien aufgelegte Quote der österreichischen Völkerbundsanleihe von 200 000 000 Lire ist ungefähr sechsmal überzeichnet worden. — Die neuesten Wirtschaftsberichte über Rußland besagen, daß Rußland schon binnen kurzem als kräftiger Getreide-Exporteur in die Reihe der größten Ausfuhrgebiete eintreten wird.

Biehmarkt in Mannheim

am 30. Juli 1923.

Es waren aufgetrieben: 565 Stück Großvieh, davon: 66 Ochsen, 131 Farren, 368 Kühe und Rinder, ferner 211 Kälber, 13 Schafe, 497 Schweine.

Preise für 1/2 Kilo Lebendgewicht: Ochsen: 1. Klasse 46—50 000 Mk., 2. Klasse 40—44 000 Mk., 3. Klasse 36—38 000 Mk., 4. Klasse 32—36 000 Mk., Farren: 1. Klasse 44—48 000 Mk., 2. Klasse 40—44 000 Mk., 3. Klasse 32—36 000 Mk., Kühe und Rinder: 1. Klasse 48—52 000 Mk., 2. Klasse 40—44 000 Mk., 3. Klasse 36—40 000 Mk., 4. Klasse 32 000—36 000 Mk., 5. Klasse 26—32 000 Mk., Kälber: 50—60 000 Mk., Schafe 20—32 000 Mk., Schweine: 1. Klasse 64—66 000 Mk., 2. Klasse 63—65 000 Mk., 3. Klasse 62—63 000 Mk., 4. Klasse 62—63 000 Mk., 5. Klasse 60—62 000 Mk., 6. Klasse 60—62 000 Mk.

Marktoverlauf: In allen Biehgattungen lebhaft, geräumt. Die Preise sind Marktpreise für nüchtern genommene Tiere und schließen sämtliche Spesen des Handels ab. Stall für Frachten, Markt- und Verkaufskosten, Umsatzsteuer, sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein, müssen sich also wesentlich über die Stallpreise erheben.

Neueste amtliche Kurse

vom 30. Juli 1923.

Mitgeteilt von der Bankfirma Max Meyer, Filiale Sinsheim.

Anleihen: 5% Dtsch. Reichsanleihe 510%, Dt. Sparprämienanleihe 4000%, Bankaktien: Darmstädter Bank 1225 000%, Deutsche Bank 1850 000%, Dresdner Bank 1030 000%, Rhein. Creditbank 400 000%, Südd. Discontogel. 700 000%, Industrieaktien: Adlerwerke Kleyer 600 000%, Allgem. Elektr.-Ges. 1560 000%, Bad. Anilin 1225 000%, Chem. Griesheim 2200 000%, Daimler Motoren 700 000%, Elektr. Licht u. Kraft 1600 000%, Fruchs Waggon 550 000%, Heidelberg Cement 800 000%, Höchster Farben 2100 000%, Karlsruhe Maschinen 950 000%, Knorr Heilbronn 900 000%, Neckar. Fahrzeugw. 900 000%, Zellstoff Waldhof 1100 000%, Zuckerfabr. Heilbronn 1100 000%, „ Waghäusel 1100 000%

Devisenkurse: vom 31. Juli. New-York 1 Dollar = M. 1 097 250, Holland 1 Gulden = „ 428 925, Schweiz 1 Franc = „ 194 512, London 1 Pfund = „ 4 987 500, Paris 1 Franc = „ 63 840

Berliner Metallmarkt:

Elektrolytkupfer Mk. —, Raffinadkupfer „ —, Hüftenweichblei „ —, Zinn, Banca „ —, Hüftenrohzeink „ — für 1 Kilo.

Hamburger Metallmarkt:

Silber per Kilo Mk. —, Gold in Barren p. Gr. —, Platin per Gramm —

Schiffahrtsaktien: Hapag 5200 000%, Nordd. Lloyd 1550 000%, Freiverkehrswerte: vom 31. Juli. Benz Motoren 2 000 000%, Germania Linoleum 1 750 000%, Gummiwerke Neckar 115 000%, Reichsbankdiskont 18%, Reichsbanklombard 19%, Goldfr. Fr. 20 = — Mk., Goldzollaufg. 4130 900 v. H., Goldkaufpreis 45 000 fache, Silberkaufpreis 20 000 fache

Solbad Rappennau

geöffnet vom 1. Mai bis Ende Oktober.

Badezeit: Werktags: Vormittags von 8—12 Uhr, nachmittags von 1—3 Uhr. Sonntags: von vorm. 8 bis nachm. 3 Uhr.

Rechnungs-Formulare

empfeht die Gottlieb Becker'sche Buchdruckerei.

Vereinsbank Sinsheim

Fernsprecher 9. e. G. m. b. H. Gegründet 1868.

Erlidigung sämtl. bankgeschäftlichen Angelegenheiten nach genossenschaftlichen Grundsätzen.

Wir vergüten für Spareinlagen:

bei vierteljährl. Kündigung 16%, bei halbjährl. Kündigung 18%

Guthaben in laudf. Rechnung (täglich verfügbar) werden mit 12% verzinst.

Advertisement for Kukirol, a medicinal product. Text: „Herzhaft, Schwielen und Warzen beseitigt schnell, sauer, schmerz- und gefahrlos. Herzlich empfohlen. Millionenfach bewährt. In Apotheken und Drogerien erhältlich. — Gegen Fußschweiß, Brennen und Wundläufen Kutirol-Gußbad.“ Drogerie A. Engel.

Advertisement for HAPAG Hamburg-Amerika Line. Text: „HAMBURG-AMERIKA LINIE. NORD-, ZENTRAL- UND SÜD-AMERIKA. AFRIKA, OSTASIEN USW. Billige Beförderung über deutsche und ausländische Häfen. — Hervorragende III. Klasse mit Speise- und Rauchsal. Erstklassige Salon- u. Kajütendamper. Etwa wöchentliche Abfahrten von HAMBURG NACH NEW YORK. Auskünfte und Drucksachen durch HAMBURG-AMERIKA LINIE. HAMBURG und deren Vertreter in: Sinsheim: Hermann Betsch, Hauptstr. 304. Telefon 127.“

Advertisement for Drucksachen. Text: „Drucksachen aller Art liefert schnell und gut die G. Becker'sche Buchdruckerei, Sinsheim.“